

Politische Abteilung II  
p.B.75.21.Israel.-AMA/PEM

Bern, 27. November 1992

**Besuch im EDA von Herrn Odet Eran (O.), Stellvertretender Generaldirektor im israelischen Aussenministerium, Bern, 23. November 1992**

(O. ist im israelischen Aussenministerium zuständig für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und gleichzeitig der israelische Delegationsleiter in der multilateralen Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung.)

O. war vom israelischen Botschafter in Bern sowie zwei Botschaftsmitgliedern begleitet. Seitens EDA/EVD nahmen Herr Botschafter P.-Y. Simonin (SI) (Vorsitz), Herr Minister A. Lautenberg (LA), FWD, Herr A. Heuberger (HE), BAWI, sowie der Unterzeichnete teil. Der Dienst für Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa (PA I) und die Sektion Südosteuropäische Länder des BAWI waren verhindert. SI konnte am letzten Teil des Gesprächs nicht teilnehmen (Leitung: LA).

**1. Einleitendes**

SI betont die Bereitschaft der Schweiz, bei der Friedenssuche (Multilaterale Arbeitsgruppen) und der wirtschaftlichen Entwicklung im Nahen Osten mitzuwirken. Er erwähnt die Beherbergung des dritten Treffens der multilateralen Arbeitsgruppe Wasserressourcen in Genf im Februar 1993 und "The first Israeli-Palestinian International Academic Conference of Water", welche im Dezember 1992 an der ETH in Zürich stattfinden wird. Bilateral sind der geplante Besuch einer Delegation des EVED in Israel sowie die Absicht Staatssekretärs Kellenbergers, Israel im nächsten Frühling zu besuchen, zu erwähnen.

Die Region des Nahen Osten, so SI, ist für uns sehr wichtig trotz "Eurozentrismus". Die Voraussetzungen für eine vertiefte Zusammenarbeit mit Israel sind angesichts des kürzlich unterzeichneten Freihandelsabkommens mit den EFTA-Staaten günstig. Wir wünschen gleichzeitig auch unsere Kontakte mit anderen Staaten der Region wie Aegypten und Jordanien sowie den Palästinensern zu vertiefen.

O. ist nach Bern gekommen, um den dänischen Botschafter zu treffen, welcher als Vertreter des EG-Präsidentschaftsstaates im ersten Halbjahr 1993 in der multilateralen Arbeitsgruppe



Wirtschaftliche Entwicklung die EG repräsentieren und das nächste Treffen in Rom präsidieren wird. Zuvor hat (O) in Brüssel mit der EG über eine "neue Struktur" der bilateralen Beziehungen "vorverhandelt". Europa ist für Israel wirtschaftlich wichtiger als die USA.

## 2. Die Friedensverhandlungen Naher Osten

O. betont die besondere Bedeutung der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Entwicklung. Ohne ökonomisches Fundament wäre ein künftiger Friede labil. Der Mittlere Osten ist eine wirtschaftlich "merkwürdige" Region. 90 % der Bevölkerung verfügen über ein Einkommen von US \$ 1'000.-- jährlich, 10 % der Bevölkerung von US \$ 20'000.--. Auch das Wasser ist, wie das Oel, sehr ungleich verteilt. Das wirtschaftliche Potential der Region wird kaum ausgenützt. Ein Beispiel ist der Tourismus. Trotz zahlreicher "Heiliger Stätten" betragen die Touristennächte in der Region einen Bruchteil derjenigen Spaniens. Das Primat der Politik über das Oekonomische ist im Mittleren Osten die Regel.

O. akzeptiert den von arabischer Seite geforderten "link" der multilateralen Verhandlungen mit den bilateralen. Dies sollte aber nicht ein Planen für die Zukunft verhindern.

Die Schweiz könnte laut O. in den Verhandlungen einen wichtigen Beitrag leisten, z.B. was den Tourismus und die finanziell-monetären Fragen angeht.

LA erwähnt vier Elemente:

- die Bedeutung einer künftigen marktwirtschaftlichen Ordnung der Akteure in der Region
- die Nicht-Diskriminierung im Bereich der Güter und Dienstleistungen, worunter auch die Aufhebung des arabischen Boykotts sowie die strukturellen Hindernisse seitens Israels gegenüber den Produkten der besetzten Gebiete
- die künftige Währungsordnung
- die Rolle der Infrastruktur in der Region

Die Schweiz möchte ihren Beitrag leisten, gerade im finanziell-monetären Bereich. Sie versuchte am letzten Treffen in Paris mehr Klarheit über die geplante "Bank" zu bekommen. Denkt man an eine Art mittelöstliche EBRD oder eine Bank zur Finanzierung von kleineren und mittleren Unternehmen in den besetzten Gebieten ? Die Antwort blieb offen.

Für O. müssen in der vorläufigen Planungsphase alle Optionen berücksichtigt werden. Es handelt sich um eine technische Diskussion, nicht politische Entscheide. O. denkt aber eher

an eine Institution für die ganze Region (welche als einzige der Welt über keine regionale Entwicklungsbank verfügt).

Was die "Territories" anbelangt, so wird häufig in die multilateralen Verhandlungen getragen, was eigentlich in die bilateralen gehört. Israel ist aber flexibel. Die Weltbank wird eine Studie über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den "Gebieten" und der Region erstellen. Eine Bank in den "Gebieten" müsste der Kontrolle der israelischen Zentralbank unterstehen. Was das Monetäre anbelangt, so muss aus praktischen Gründen für die Uebergangsphase mit einem "dualen" System gerechnet werden wie bisher (israelischer Schekel und jordanischer Dinar).

Grossbritannien, so O., scheint sich für die Frage der Entwicklungsbank zu interessieren, die BRD für die Handelsfragen. Die Schweiz wäre sicher willkommen und könnte sich anschliessen. Sie muss sich aber selbst grundsätzlich für ihre Prioritäten entscheiden (Antwort auf Frage HE über konkrete Wünsche an die Schweiz).

### **3. Die GUS-Staaten und der Wunsch nach gemeinsamer Entwicklungshilfe**

Israel, so O., interessiert sich sehr für die GUS-Staaten, was auch in umgekehrter Richtung gilt. Israel empfängt zahlreiche offizielle Besucher aus dieser Region, kooperiert auf Regierungs- und privater Ebene mit allen GUS-Staaten (speziell erwähnt: Kasachstan) und erhält lange "Wunschlisten". Dabei arbeitet man eng zusammen mit den USA und koordiniert mit der Türkei. Mit den USA, den Niederlanden, Schweden (künftig Italien) gibt es allgemeine Abkommen betreffend Entwicklungszusammenarbeit.

O. schlägt Verhandlungen über ein solches Abkommen ("Joint Assistance Programm in Third Countries") mit der Schweiz vor, welches die GUS-Staaten oder auch andere (Afrika) betreffen könnte. Der Vorsteher der zuständigen Abteilung im Aussenministerium käme gerne nach Bern, um diese Frage zu diskutieren.

Die Schweiz, so LA, ist für eine bilaterale Aussprache unter Experten sicher offen. Im übrigen verweist LA auf die entsprechende Botschaft.

#### 4. Bilaterales

4.1. Die israelische Regierung hat aus ideologischen und pragmatischen Gründen (Budgetrestriktionen) in ihrer Prioritätensetzung eine Wende vom Wohnungsbau (Ueberkapazität) zu **Infrastrukturvorhaben** und **Erziehung** vollzogen. Die US-Garantie von 10 Mia US \$ für die nächsten fünf Jahre erlaubt die Aufnahme günstiger Kredite mit 30 Jahren Laufzeit (wovon 10 Jahre rückzahlungsfrei) sowie reduziertem Zins. Damit werden amerikanische Unternehmen bei Ausschreibungen de facto begünstigt. Dies soll nicht als Diskriminierung verstanden werden. Israel wünscht die Teilnahme europäischer und schweizerischer Firmen.

4.2. Israel wäre interessiert an der Schaffung eines **gemeinsamen Fonds für Forschung und Entwicklung**. LA weist auf die gegenwärtigen Budgetrestriktionen und sieht für ein solches Vorhaben kaum Chancen.

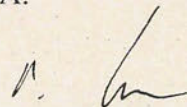
O. betont, es gehe nicht darum, zusätzliche finanzielle Mittel aufzutreiben, sondern "gemeinsam zu forschen".

4.3. O. schlägt im weiteren die Aufnahme von Verhandlungen über ein **Doppelbesteuerungs-** und ein **Investitionsschutzabkommen** vor. Wir werden, so LA, diese Anregung an die zuständigen Stellen weiterleiten.

4.4. Israel bittet die Schweiz um Unterstützung betreffend Aufhebung des **Arabischen Boykotts**. Dabei geht es insbesondere um den "sekundären" und "tertiären" Boykott, der auch Schweizer Firmen betrifft. Die Japaner hätten diesbezüglich Demarchen in den arabischen Hauptstädten unternommen.

Politische Abteilung II

i.A.



Martin Aeschbacher

BAG 02. Dez. 92 10.

Politische Abteilung II  
p.B.75.21. ~~Israel~~ AMA/PEM

Bern, 27. November 1992

**Notiz an:**

- Sekr. Departementsvorsteher
- Sekr. Staatssekretär
- Pol. Abt. I, Dienst für Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa (Pkt. 3)
- Pol. Abt. III
- Finanz und Wirtschaftsdienst
- Politisches Sekretariat
- Presse und Information
- DIO
- Direktion für Völkerrecht (Pkt. 4.3)
- DEH (Pkt. 3)
- EVD Bawi - Südosteuropäische Länder, Israel (Pkt. 4)
  - Mittelostländer
  - Int. Investitionsfragen (Pkt. 4.3)
- EFD, Eidg. Steuerverwaltung (Pkt. 4.3)
- EDI, Gruppe für Wissenschaft und Forschung (Pkt. 4.2)
- Schweiz. Botschaft Tel Aviv

**Besuch im EDA von Herrn Odet Eran (O.), Stellvertretender Generaldirektor im israelischen Aussenministerium, Bern, 23. November 1992**

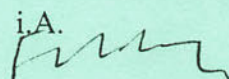
Beiliegend lassen wir Ihnen das Kurzprotokoll des obenerwähnten Treffens zukommen. Israelischerseits wurden folgende Anregungen vorgebracht:

- Gemeinsame Entwicklungshilfe (insbesondere GUS-Staaten) (Pkt. 3)
- Gemeinsamer Fonds für Forschung und Entwicklung (Pkt. 4.2)
- Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen (Pkt. 4.3)
- Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen (Pkt. 4.3)

Wir wären den zuständigen Diensten sehr dankbar, wenn sie uns ihre Haltung zu diesen israelischen Anregungen bekannt machen könnten.

Politische Abteilung II

i.A.



Feldmeyer